



Autorengemeinschaft

**Sozialinvestitionen in die Sozialwirtschaft
statt
Armuts-Populismus:**

Politikwechsel bei den Wohlfahrtsverbänden

**Mit einem Vorwort
von
Prof. Albrecht Goeschel**

**Verona
Oktober 2013**

Inhalt	Seite
Vorwort	2
1. Wahlkampftabu Wachstumskrise	4
2. Marshallpläne und Sozialinvestitionen	4
3. Sozialinvestitionen: Zunächst kein Thema der Wohlfahrtsverbände	5
4. Arbeiterwohlfahrt, Diakonie und Paritätischer: Annäherung an Makroökonomie und Regionalökonomie	7
5. Bildungsarmut, Gesundheitsarmut, Pflegearmut, Rentenarmut, Mobilitätsarmut: Sozioökonomische Qualifizierung des Armutsdiskurses	7
5.1. Armutsförderung durch Bildungsexpansion	9
5.2. Armutsförderung durch Gesundheitszentralisierung	10
5.3. Armutsförderung durch Pflegeexclusion	11
5.4. Armutsförderung durch Rentenmanipulation	11
5.5. Armutsförderung durch Mobilitätsdefizite	
6. Armutsdiskurs und Wirtschaftskritik	12
7. Regionalanalysen und Investitionskonzepte	13
8. Sozialinvestitionen als Konzept	16
8.1. Handel mit Arbeitszeit bedingt Sozialkosten	
8.2. Produktive und investive Wirkungen von Sozialtransfers	17
8.3. Soziale Investitionsprogramme: Steigerung der Produktivität und Ausweitung der Dienstleistungen	19
9. Finanzbedarf durch Sozialleistungen oder Sozialstillstand als Lohnlücke	19
10. Sozialinvestitionen als Ausweg aus der Wachstumskrise	20
11. Verarmungspolitik und „Euro-Krise“	20
Anmerkungen	22

Vorwort

*„Und doch ergeht es der Armut
wie dem Klimawandel: Alle sind sich einig,
dass etwas geschehen muss –
und produzieren am Ende doch nur heiße Luft.“
Ulrich Schneider (DPWV – 2010)*

In den Medien werden die Wohlfahrtsverbände, wahlweise die beiden Großkirchen als die größten Arbeitgeber in Deutschland apostrophiert. Und in der Tat gibt es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen Regionen, in denen allein die Beschäftigten in den Pflegediensten und in den Pflegeeinrichtungen schon heute 5 Prozent aller Beschäftigten der regionalen Wirtschaft stellen.

Es wäre also höchste Zeit, dass die Sozialwirtschaft sich als Teil des Gemeinwirtschaftssektors nicht nur wirtschaftspolitisch zu Wort meldet sondern offensiv Anschluss an den Trend zur Re-Kommunalisierung der Daseinsvorsorge und an die Genossenschaftsbewegung in der Energieversorgung sucht. Die Auseinandersetzungen um eine Säkularisierung des Arbeitsrechts der Kirchen machen überdeutlich dass es im Wohlfahrtsbereich um „Wirtschaft“, wenn auch nicht um Profitwirtschaft geht oder gehen sollte.

Anstelle einer wohlbegründeten wirtschaftspolitischen Positionierung der Wohlfahrtsverbände fand in den zwei Jahrzehnten nach der Einführung der Pflegeversicherung und in dem Jahrzehnt nach dem Hartz IV – Oktroi eine fatale Aufspaltung der politischen Performance der Wohlfahrtsverbände statt: Im Bereich ihrer Sozialwirtschaft wurden fast begierig neoliberal-mikroökonomische Dogmen und Normen aufgegriffen. Im Bereich ihrer Bundesverbände wurde dagegen ein aufgeregter Armuts-Populismus bevorzugt in Talk-Shows praktiziert.

Die im Geschäftsmodell Deutschland typische Auslagerung des „Unproduktiven“ in die Sozialwirtschaft und dessen dortige Umwandlung in „Profitables“ wurde nicht als Systemkonflikt analysiert und diskutiert, sondern durch theoriefreie Medienaktivitäten verdeckt. Die Folgen von Hartz-IV wurden instrumentalisiert um die Ursachen für den Sozialabbau und die Möglichkeiten der Sozialwirtschaft als Gegenmacht nicht debattieren zu brauchen.

Zutreffend fordert Jan Wulf-Schnabel (Kiel 2010), dass die systempolitischen Antagonismen von der „Hinterbühne der Sozialwirtschaft“ auf die „Hauptbühne des Politischen“ getragen werden müssen. Derzeit entsteht in Deutschland eine „Marktkonforme Demokratie“ in Gestalt einer oppositionslosen Großkoalition mit alleiniger Interpretations- und Direktionshoheit über das „Soziale“. Gleichzeitig wird das Sozialabbaumodell Deutschland als moderne Form der Lohnsenkung in die europäischen Nachbargesellschaften exportiert.

Die Wohlfahrtsverbände sind objektiv Mandatsträger für die Nicht-Erwerbsbevölkerung wie die Gewerkschaften Mandatsträger für die Erwerbsbevölkerung sind. Wenn die Wohlfahrtsverbände diesem Auftrag gerecht werden wollen,

muss die Sozialwirtschaft zu einer Politischen Wirtschaft werden und dazu bedarf sie einer Politischen Ökonomie der Sozialwirtschaft. Dazu muss aber zu allererst der jahrelang zelebrierte erklärungsfreie und folgenlose Armuts-Populismus an der Spitze der Wohlfahrtsverbände ein Ende haben.

Der nachfolgende Text bilanziert die Bemühungen und Erfolge einer theoretischen und einer empirischen Rückführung des verselbständigten Armutsdiskurses in einen angemessenen Rahmen von Politik, Ökonomie und Sozietät. Er bietet Grundlagen für den notwendigen Politikwechsel bei den Wohlfahrtsverbänden.

Verona, Oktober 2013

Prof. Albrecht Goeschel

1. Wahlkampf tabu Wachstumskrise:

Zu Recht identifizierte schon Mitte 2013 die noch einigermaßen seriöse Presse die Volksparteien und die Wirtschaftsverbände als eine ganz große „Koalition der Schönfärber“ (1), die den Wachstumseinbruch insbesondere der Exporte in der EU und den Rückgang des China- und Schwellenländergeschäfts (2) beschwieg, umdeutete oder schlichtweg leugnete. Die europäische Wachstumskrise ist keineswegs ausgestanden, (3) sie wurde nur aus Wahlkampfgründen als Tabuthema nicht diskutiert. (3a) Das ist aber nur die Außenseite und die Oberfläche.

Es gibt in der Politik des deutschen Machtkartells aus Volksparteien und Wirtschaftsverbänden einerseits, Bundesbank, Großbanken, Exportkonzernen und Fachministerien andererseits gleichzeitig eine Themenverschiebung im Europa- und Eurodiskurs. Es ist unverkennbar, dass das deutsche Machtkartell durch seine harte Politik des „Sparens“ bis zum Frühjahr 2012 eine erhebliche Anzahl seiner Satellitenregierungen mit oder ohne Wahlen verloren hatte (Irland, Portugal, Griechenland, Spanien, Italien und zuletzt Frankreich) und daher seine Politik eines deutschen Vorteils-Extremismus und der deutschen Profitsicherung anders, nunmehr als „Wachstumsförderung“, intonieren musste. (4)

Dieser Diskurswechsel fügte sich passend ein in die schon seit Anfang 2010 seitens der Wirtschaftspresse (5), seitens der Wirtschaftswissenschaft (6), seitens der internationalen Wirtschaftsorganisationen (7) und schließlich seitens anderer EU- und Euro-Länder (8) immer wieder vorgetragenen Forderungen nach einem Wachstumskonzept für die EU und den Euroraum.

2. Marshallpläne und Sozialinvestitionen:

Aber auch diese machtpolitischen Gründe werden dem Diskurswechsel des deutschen Machtkartells noch nicht gerecht. Zu diesem Machtkartell gehören auch große Gewerkschaftsorganisationen – allen voran der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Industriegewerkschaft Metall (IG-Metall). Sie haben mit dem Ende 2012 vorgelegten „Marshallplan für Europa“ (9) des DGB und die IG-Metall mit ihrem massiven Einsatz für eine Energiewende mittels alternativer Großtechnologie (10), aber auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) mit ihrer Forderung nach einem „Marshallplan für den Süden Europas“ (11) den Diskurswechsel mitbetrieben. Dabei enthält, wie zu erwarten war, das Marshallplankonzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes auch eine Sozialkomponente. Er fordert Investitionen in öffentliche und private Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung sowie in altengerechte Infrastrukturen und in altengerechtes Wohnen (12).

Eine vertiefende Analyse des DGB-Marshallplanes würde zeigen, dass das „Soziale“ im Wachstumsmodell des DGB vor allem eine produktivitäts-, also mehrwertfördernde Sicherung und Verbesserung der Handelsware Arbeitskraft bzw. Arbeitszeit darstellt. Hierzu ist letztendlich das einzelunternehmerische Profit- und Konkurrenz kalkül nur ausnahmsweise und eingeschränkt in der Lage. Das DGB-Papier spricht vom „Sozialstaat in Europa... als zusätzliche Produktivkraft der europäischen Volkswirtschaft.“ (13) Als Schwerpunkte einer „nachhaltigen Investitionspolitik“ werden die Gesundheitswirtschaft, Dienstleistungen im demographischen Wandel etc. genannt. (14) An zentraler Stelle stehen „Investitionen in öffentliche Bildung und Ausbildung“,

da „Menschen“ Europas „wertvollstes Kapital“, nämlich die „Fachkräfte für die Zukunft“ sind. (15) Investitionen in „altersgerechte Infrastrukturmaßnahmen, in Neubauten und in die entsprechende Sanierung von Altbauten“ bedeuten Einspareffekte in der Pflegeversicherung und würden „Unternehmen und Arbeitnehmer“ finanziell entlasten. (16) Zusätzlich bietet dieser „Marshallplan“ eine Verbesserung der Profitabilität des privaten Kapitaleinsatzes durch sozial finanzierte Verbesserung und sozial finanzierte Verbilligung der Reproduktion der Arbeitskraft. Er setzt wie alle keynesianischen Konzepte darauf, dass nach einer langen Stagnationsphase, wenn genügend Kapital vernichtet und die Arbeit verbilligt ist, die Wachstumskräfte „reaktiviert“ sind (17), d.h. die Profitraten wieder attraktiv sind. Zu recht kritisieren aufmerksame Ökonomen, dass dieser Marshallplan von seiner Konzeption her nichts weiter als die nächste Überakkumulationsphase vorbereiten wolle. (18) Auf gleicher Linie wie der DGB-Marshallplan bewegen sich auch andere Investitions- und Wachstumskonzepte für Deutschland bzw. Europa. (19)

Der konzeptionelle Unterschied zum Wachstumskonzept insbesondere der Deutschen Bundesbank, die auf direkte Lohnsenkungen und auf direkten Sozialabbau (20) zur Profitregeneration setzt ist also die Mehrwerterhöhung durch Produktivitätssteigerung via Staats-, speziell Sozialinvestitionen. Die Frage stellt sich daher, ob, wer und wie solche Sozialinvestitionen dann auch politisch formuliert und agitiert. Die Frage stellt sich insbesondere, ob und inwieweit die Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt diesen mit dem DGB-Marshallplan geworfenen Ball überhaupt als den ihren zu erkennen und dann auch aufzufangen und weiterzuspielen in der Lage sind. Denn es bedarf solcher gesellschaftlichen und politischen Koalitionen, damit selbst dieses Produktivitätskonzept gegenüber der hegemonialen Lohndumpingpolitik eine Chance hat.

3. Sozialinvestitionen: Zunächst kein Thema der Wohlfahrtsverbände:

Vor einem Viertel Jahrhundert ist in der Zeitschrift „Soziale Arbeit“ ein Beitrag von Albrecht Goeschel zu Fragen der Sozialen Arbeit als „Wirtschaftsfaktor und als Zukunftsinvestition“ veröffentlicht worden. (21) In diesem Beitrag wurden für die Wohlfahrtsverbände bzw. die Sozialwirtschaft Vorschläge für die Berechnung und für die Darstellung vor allem der Wertschöpfung, der Investitionen und des Employment der Sozialwirtschaft in der Region gemacht.

Übersicht: Wertschöpfung und Investitionen der Sozialwirtschaft

Noch nicht angesprochen wurde damals die Rolle von Sozialaufwendungen als Faktor für die Erschließung von zusätzlichem Arbeitsvermögen bzw. zur Erhaltung von Arbeitsvermögen, d.h. des Humankapitalstock. Das Verständnis von Sozialer Arbeit als Wirtschaftsfaktor und als Zukunftsinvestition fand in den

Übersicht:

Wertschöpfungs- und Investitionsrechnung der Sozialwirtschaft

- **Wertschöpfung, Investitionen und Employment der gesamten Sozialwirtschaft der Region**
- **Zukunftsinvestitionsprogramm für die gesamte Sozialwirtschaft der Region**
- **Budget der gesamten Sozialwirtschaft der Region**

Quelle: Goeschel, Albrecht: Soziale Arbeit als Wirtschaftsfaktor und als Zukunftsinvestition. In: Soziale Arbeit, Berlin 3/1987, S. 95

Wirtschaftswissenschaften Resonanz. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege wurde Thema. (22) In der Praxis der Wohlfahrtsverbände und ihrer Sozialwirtschaft vollzog sich allerdings eine ganz andere Entwicklung: Es wurde nicht die besondere Stellung der Wohlfahrtspflege und der Sozialen Arbeit in der Marktwirtschaft in angemessene Strategien einer Sozialen Gemeinwirtschaft umgesetzt, sondern vielmehr eine reduzierte Verbetriebswirtschaftlichung der Sozialen Arbeit und ihrer Einrichtungen forciert. An Stelle einer dezidierten Positionierung als Gemeinwirtschaftssektor reduzierte die politische Wohlfahrtspflege ihren gesamtwirtschaftlichen Anspruch auf eine Deskription und Diskussion von „Armut“. (23) Vor allem die zahlreicher werdenden (Fach-)Hochschulen für Soziale Arbeit orientierten sich vorrangig an betriebs- und unternehmenswirtschaftlichen Aspekten der Sozialwirtschaft. (24)

Die Ende 2007 und Anfang 2008 auch Deutschland erfassende Finanz- und Realkrise ließ deutlich werden, dass die Verbände der Wohlfahrt keinerlei Kompetenz zur Beobachtung und Beurteilung der Gesamtwirtschaft aufgebaut hatten. Die Verbände der Wohlfahrt waren schlichtweg nicht in der Lage, auf die mit der Bewältigung der ersten Finanz- und Realkrise der Jahre 2007 und 2008 schon absehbaren Sozialkürzungen angemessen zu reagieren: Sie verfügten über kein gesamtwirtschaftliches Konzept. Albrecht Goeschel forderte damals dementsprechend, die Armutspolitik nunmehr zu Wirtschaftspolitik weiter zu entwickeln. (26) In der Zeitschrift „Gesundheitspolitik“ wurde hierzu ein Strategie- und Themenrahmen publiziert.

Übersicht: Themen für die Strategie-Diskussion der Sozial- und Wohlfahrtsverbände

4. Arbeiterwohlfahrt, Diakonie und Paritätischer: Annäherung an Makroökonomie und Regionalökonomie:

Die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die deutsche Verfassung, durchgesetzt unter Ausnutzung der Krisenturbulenzen, und die Warnungen kritischer Ökonomen vor den Folgen dieser Schuldenbremse (27) bestärkten einzelne Segmente im Kreis der deutschen Wohlfahrtsverbände zu einer verstärkten Beschäftigung mit gesamt- und raumwirtschaftlichen Fragestellungen. So förderte und veröffentlichte der Landesverband Bayern der Arbeiter-Wohlfahrt eine Untersuchung über die fiskalischen Kosten, d.h. über die Ausfälle an Mehrwertsteuereinnahmen, die mit den anhaltenden und steil ansteigenden Exportüberschüssen verbunden sind und Druck auf die Sozialausgaben ausüben. (28) Die Diakonie Bayern ließ eine Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialmodells Bayern unter dem Blickwinkel der Auswirkungen der Finanz- und Realkrise erstellen. (29) Beide Untersuchungen waren sozusagen Fallstudien zu einem „Geschäftsmodell Deutschland“ mit seinen Implikationen für das „Soziale“.

Diese neue Orientierung der sozialpolitischen Überlegungen, Stellungnahmen und Forderungen auch bei den Verbänden der Wohlfahrt setzte Rudolf Martens 2009 in der Stellungnahme des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband zum sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ in eine geschlossene sozialpolitisch – makroökonomische kritische Analyse des „Geschäftsmodells Deutschland“ um. (30) Es wurden aber auch die regional unterschiedlichen Auswirkungen dieses „Geschäftsmodells“ in und auf die Teilräume Deutschlands angesprochen: Gewinne oder Verluste aus der Exportsteigerung durch Lohnstillstand verteilen sich regional ungleich und verschärfen bestehende Regionalunterschiede. (32) Auch die in der vom Landesverband Bayern der Arbeiter-Wohlfahrt geförderten Studie untersuchten (mehrwertsteuer-)fiskalischen Kosten der Exportüberschüsse wurden in dieser Stellungnahme erneut angesprochen. (33) Vor allem wurde aber auch kritisiert, dass die Chancen verbesserter Armutsbekämpfung als Instrument der Regionalförderung (34) nicht erkannt und versäumt worden seien. (35) Festzuhalten ist hier noch, dass nicht aus dem Kreis der Wohlfahrtsverbände, sondern von den Landesverbänden Bayern und vor allem Nordrhein-Westfalen des Sozialverbandes VdK die ersten konsistenten Ableitungen von Sozialproblemen aus der einseitigen Exportorientierung des „Geschäftsmodells Deutschland“ schon vor dem Beginn der Finanz- und Realkrise in die Öffentlichkeit gebracht worden waren und in den Folgejahren systematisch ausgearbeitet wurden. (36) Bedauerlicherweise ist es umgekehrt bei den Wohlfahrtsverbänden damals nicht gelungen, eine gemeinsame krisenpolitische Positionierung zu erreichen. (37)

5. Bildungsarmut, Gesundheitsarmut, Pflegearmut, Rentenarmut und Mobilitätsarmut: Sozioökonomische Qualifizierung des Armutsdiskurses

Schon vor dem Umschlagen der US-Immobilienkrise, im Übrigen das Scheitern des Versuches das Anwachsen der Einkommensarmut mit den Mitteln des Finanzkapitalismus zu bewältigen und diesem zugleich ein neues Anlagefeld zu

Übersicht:

Themen für die Strategie-Diskussion der Sozial- und Wohlfahrtsverbände

- **Exportexzess und Finanzialisierung:**
Lohnzurückhaltung und Fiktivkapitalbildung als Krisenursache
- **Bankenstabilisierung, Konjunkturprogramm und Finanzblasenboom:**
Konzepte zur Bewältigung der Finanzmarktkrise
- **Staatsentschuldung und Daseinsvorsorgeabbau:**
Wachstumsbremse und Zukunftsrisiko
- **Armutszonen als Kosten von Exportexzess und Finanzblasenboom:**
Konzept einer regionalisierten und sektoralisierten Armutsberichterstattung
- **Räumliche Entwicklungsverzerrungen durch die Finanzmarktkrise in Deutschland und Europa:**
Unterschiede in der Krisenempfindlichkeit
- **Finanzzentralisierung, Kapitaldeckung und Privatisierung in der Sozialsicherung und Gesundheitsversorgung:**
Unverzögerlicher Abbruch von riskanten „Reformen“
- **Finanzkrisenwirkung und Investitionsbedarf in Großstädten:**
Beispiele und Modellberechnungen
- **Soziale Monetär- und Realtransfers:**
Normative, institutionelle und regionalisierte Strukturen für ein Konjunktur-Sofortprogramm
- **Armut als Kostenindikator der Wirtschaftsentwicklung:**
Integration der Armuts-Berichterstattung in die Gesamtwirtschafts-Begutachtung
- **Rentenprivatisierung und Nahrungsmittelspekulation:**
Systemische Zusammenhänge zwischen Kapitaldeckung der Sozialsicherung und Destabilisierung der Weltgrundversorgung

eröffnen, in eine weltweite Finanz- und Realkrise waren bei einigen wenigen Armutsforschern und Wirtschaftswissenschaftlern Zweifel am Erkenntniswert einer statistisch-deskriptiven Armutsbeforschung gewachsen. Als erste Korrekturschritte sollten daher in wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge Mechanismen der Verarmung, der Verschärfung der Ungleichheit analysiert werden. Auch von ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung und auch von einem breiten Spektrum geeigneter Vorarbeiten her boten sich hier vor allem die Daseinsvorsorgebereiche Bildung, Gesundheit, Pflege und Mobilität an. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Sicherstellung von Mobilität zu, da sie Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Einrichtungen, Dienste und Leistungen der Daseinsvorsorge ist.

5.1. Armutsforcierung durch Bildungsexpansion

Anfang 2007 legte Rudolf Martens für den Sozialverband VdK Bayern eine erste Skizze zum Verhältnis von Kinderarmut und Bildungsunterschicht vor. (38) In dieser bildungs- und armutsökonomischen Skizze wurden zunächst zwei Sachverhalte nebeneinandergestellt: Die in Deutschland gegenüber anderen Industrieländern bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt deutlich niedrigeren Bildungsausgaben einerseits und der in Deutschland kontinuierlich angestiegene Anteil von Kindern und Jugendlichen in Armutshaushalten. (39) In dieser Skizze wurde damals noch, ausgehend von der Unterstellung eines positiven Zusammenhanges von Bildungsaufwendungen, Arbeitsmarktintegration und Lohneinkommenshöhe und damit Schutz vor Armut für eine deutliche Steigerung der Bildungsausgaben plädiert. (40) Undiskutiert blieb in dieser Skizze noch die Tatsache, dass das deutsche Bildungssystem soziale Ungleichheit bei den Bildungsabschlüssen noch verstärkt, d.h. eine simple Erhöhung der Ausgaben für das Bildungssystem nicht auch schon umstandslos zu einem Abbau von Ungleichheit, insbesondere zu einer Minderung des Armutsrisikos führt.

In einer späteren Studie geht Rudolf Martens dann der Rolle des Bildungssystems für das Entstehen des deutschen „Armutsparadoxon“ (41) nach. Zwar hat die Beschäftigung in den zurückliegenden Jahren in Deutschland wieder deutlich zugenommen – gleichwohl ist die Armutsverbreitung keineswegs im gleichen Maße zurückgegangen – konzentriert sich allerdings bei den Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. (42) Martens leitet daraus nun keineswegs den platten, in allen politischen Lagern hoch beliebten Fehlschluss ab, dass durch Ausbreitung und Anhebung von Bildungsabschlüssen bessere Beschäftigung und höhere Einkommen erreicht und Arbeitslosigkeit und Armut verringert oder vermieden werden könnten. (43) Er sieht keinen Nutzen darin, für das bestehende Bildungssystem mehr Mittel aufzuwenden. (44)

Martens macht sich vielmehr die Ergebnisse einer bildungsökonomischen Analyse von Albrecht Goeschel zu eigen. In dieser wird u.a. die Funktion der Zertifizierung und des Bildungssystems als Weg der Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Arbeitszeitanbietern aufgezeigt. (45) So hat zwar der Anteil der formal Hochzertifizierten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1995 und 2008 um etwa 33 Prozent zugenommen, gleichzeitig ist aber der Lohnanteil am Volkseinkommen um 9 Prozent gesunken. Die Bildungszertifikate spielen eine wesentliche Rolle, diese verringerte Lohnquote durch Spreizung der Arbeitsverhältnisse und

Lohngruppen für die Kernbelegschaften und Hochlohngruppen unmerklich zu machen. (46) Differenzierte sozioökonomische Analysen des Zusammenhanges von Bildung und Armut zeigen sehr gut die Funktionalität von bildungsvermittelter und bildungsgerechtfertigter Armut im Geschäftsmodell Deutschland, das wesentlich auf Lohndumping und Exportexzess basiert.

5.2. Armutsforcierung durch Gesundheitszentralisierung

Seit langen Jahren gibt es in Deutschland eine Diskussion über die Beeinträchtigung der sozialen Gesundheitsversorgung durch Mängel in der räumlichen Erreichbarkeit der ambulanten und stationären Gesundheitsangebote. Analog zu den Untersuchungen über Zusammenhänge von Bildung und Armut legte Rudolf Martens im Herbst 2008 eine Untersuchung über das regionale Zusammentreffen von räumlicher Konzentration der stationären und ambulanten Versorgung und niedriger Kaufkraft der Privathaushalte in den Kreisen und Städten Bayerns vor. (47) Dieser Ansatz wurde von Albrecht Goeschel und Markus Steinmetz aufgegriffen. Die Autoren untersuchten auf der Darstellungsebene der Bundesländer das räumliche Zusammentreffen von Krankenhausbehandlungshäufigkeit und Einkommensarmut bei Kindern. Untersucht wurde dabei die Häufigkeit der Krankenhausbehandlung von Kindern wegen Krankheiten des sozialepidemiologischen Komplexes, d.h. solcher Behandlungsanlässe, die enger als andere mit Einkommensschwäche assoziiert sind. (48)

Beide Untersuchungen erbrachten das schon erwartete, weil in Deutschland zwar für die Gesamtbevölkerung, noch nicht aber für die Kinderbevölkerung gut dokumentierte Ergebnis, dass Regionen mit hohen Anteilen einkommensschwacher Haushalte häufig auch Regionen mit niedriger Ausstattung an Arztpraxen und Krankenhäusern sind. Ein systematischer Konnex von Gesundheitsversorgung und Armut ließ sich damit über das regionale Zusammentreffen von Wenigerversorgung und Einkommensschwäche und plausiblen Erklärungen hierfür noch nicht ermitteln.

Bei einem Wechsel der Fragestellung, nämlich mit der Frage nach der regionalen Inzidenz der Beitragsabschöpfungen und der Leistungsverausgabungen der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Wirkung des 2006 eingerichteten zentralen Gesundheitsfonds konnten Armutswirkungen in der Gesundheitsversorgung systematisch mit dem Geschäftsmodell Deutschland verknüpft werden. Albrecht Goeschel und Rudolf Martens zeigten in einer Studie auf, wie die Politik der Beitragssatzstabilität, d.h. die Politik der Lohnstilllegung auf dem Umweg der Manipulation der Beiträge bzw. Leistungen in ihrer Rolle als Neben-Löhne zunächst in Form des Einheits-Beitragssatzes die Krankenkassen-Beiträge in eine (Gesundheits-)Verbrauchssteuer umwandeln und dann durch das Zusammenwirken von einheitlichen Beitragsabschöpfungen der Regionen bei deutlich unterschiedlicher Leistungsverausgabung in die Regionen wirtschaftlich und infrastrukturell schwächere Regionen mit gleichzeitig häufig höherem Versorgungsbedarf im Sektor Gesundheitswirtschaft und Gesundheitsversorgung zusätzlich schwächen. Diese Untersuchung warf die Frage auf, ob und inwieweit der zentrale Gesundheitsfonds die Verarmung von Regionen verstärkt und eine bestehende Gesundheitsarmut der dortigen Bevölkerungen forciert. (49)

5.3. Armutsforcierung durch Pflegeexclusion

Am Beispiel der 1994 eingerichteten Pflegeversicherung lässt sich eindrucksvoll zeigen, wie bestimmte Arrangements der Sozialsicherung direkt und in direkt dazu dienen bzw. genutzt werden, soziale Kosten in die Privathaushalte zurückzuwälzen und damit auf dem Umweg einer Manipulation der (Neben-)Lohnkosten auch im Bereich der Pflegeversorgung Lohnkostensenkung zu betreiben. Zusätzlich kann am Beispiel der Wirkungen der Pflegeversicherung und der Pflegeversorgung verdeutlicht werden, wie diese durch forcierte Auslagerung der Pflegeaufgaben vor allem aus der stationären Gesundheitsversorgung die Umwandlung der Krankenhauswirtschaft in einen Kapitalanlage- und Gewinnwirtschaftsbereich befördert haben. Noch viel unmittelbarer als im Bereich der Gesundheitsversorgung „produziert“ die Pflegeversorgung auch Einkommensarmut, da ihre Kosten durch die Pflegeversicherung häufig nicht gedeckt sind und Sozialhilfebedarf entsteht. Thomas Zander zeigt in einer Untersuchung die Rolle der Pflegeversicherung als eine Art „Bad Bank“, die unter Nutzung der demografischen Entwicklung wachsende Volumina von Morbidität aus dem Vollkostensystem der Gesetzlichen Krankenversicherung in das Teilkostensystem der Gesetzlichen Pflegeversicherung und damit in die Selbstfinanzierung der Privathaushalte bzw. in die Sozialhilfe der Kommunen auslagert. (50) Zander spürte vor allem auch der zentralen Rolle der Pflegeversicherung und Pflegeversorgung bei der Auslagerung der Pflegeaufgaben aus der Krankenhausversorgung und deren Umwandlung aus einem Daseinsvorsorgebereich in eine Gewinnwirtschaftsbranche nach. (51)

Albrecht Goeschel zeigte für die Regionen Nordrhein-Westfalens die Gesamtinzidenz der Pflegeversicherung und Pflegeversorgung, sowohl ihre Beitragsaufbringung wie auch ihre Leistungsverausgabung und ihre Beschäftigungseffekte. Er schlägt zur Verbesserung der Wirksamkeit der Pflegeversorgung und vor allem zum Ausgleich der regionalen Zentralisierungs- und Verarmungseffekte der Gesetzlichen Krankenversicherung eine Regionalisierung der Pflegeversicherung mit Finanzausgleich vor. (52)

Bei der sozioökonomischen Qualifizierung des Armutsdiskurses wird im Bereich der Pflegeversicherung und Pflegeversorgung am stringentesten gezeigt, wie sich hier insbesondere über die institutionelle Verdoppelung der Gesundheitsversorgung in Krankenversicherung als Vollkostensystem und Pflegeversicherung als Teilkostensystem die Zielvorgabe „Beitragssatzstabilität“, sprich: (Neben-)Lohnstillstand und das Systemmuster Lohnstillstand durch Manipulation von (Neben-)Lohnereichen vollziehen. Rudolf Martens hat zu dieser sozioökonomischen Qualifizierung des Armutsdiskurses eine Modellrechnung beigesteuert, die in etwa den Ausfall an Lohn-einkommen aufzeigt, der durch den faktischen Zwang zur Familienpflege an Stelle von Professionellpflege entsteht. (53)

5.4. Armutsforcierung durch Rentenmanipulation

Strategisch entscheidend für die Analyse der Rentenpolitik und der Reformfolgen seit den 1990er Jahren und für eine Rekonstruktion des Rentensystems zur Mit-Überwindung der Weltkrise ist die (Wieder-)Gewinnung der Erkenntnis, dass Rentenzahlungen der Gesetzlichen Rentenversicherung im deutschen Sozialversiche-

rungsstaat in besonderer Weise Lohn-Nachzahlungen aus Beiträgen auf Erwerbsarbeit, d.h. aus Neben-Löhnen sind. Rentenbeiträge und Rentenzahlungen sind gesamtwirtschaftlich gesehen Lohnquotenbestandteile. (53a) Aus diesem Blickwinkel stellt dann der in den zurückliegenden Jahrzehnten durchgesetzte Wechsel von der „Lebensstandardsicherung“ zur „Beitragsstabilität“ als Grundsatz der Rentenpolitik mit seiner Stilllegung der Beitragsätze bzw. Absenkung des Rentenniveaus staatliche Lohnsenkung auf dem Umweg über die gesetzliche Manipulation der Neben-Löhne dar.(53b)

Die von der herrschenden Politik angestoßene und vorgeschobene Debatte über eine angeblich bedrohte oder schon verletzte „Generationengerechtigkeit“ hat in diesem Zusammenhang die Funktion, die Wirkungsweise der Rentenreformen als politisch-ökonomisches Instrument zur Lohnquotensenkung hinter einer Aufgabenstellung als moralisch-ethisches Anliegen der Wohltätigkeit verschwinden zu lassen.(53c)

Eine ähnlich fatale Desorientierung bewirkt die auch von den Wohlfahrtsverbänden, insbesondere aber von den Sozialverbänden ohne seriöse gesamtwirtschaftliche Modellierung, lediglich auf statistischer Evidenz dauerdiskutierte „Altersarmut“. Nach dem die gesamtwirtschaftlich-systembedingte Nützlichkeit von Beitragsstilllegungen und Zahlungsverringerungen in der Rentenversicherung mit nachfolgender „Altersarmut“ für die Sicherung ausreichend hoher Profitraten gar nicht in den Blick genommen wird, kann die Dauerthematisierung von „Alterarmut“ gar nicht deren Vermeidung sondern vielmehr nur der Fehlmotivierung von Arbeitnehmern zur Privatalterssicherung (53 d) und zur Legitimation und Akzeptanz einer Rente als Grundversicherung, d.h. als „Sozialhilfe“ an Stelle von Lohnnachzahlung dienen. (53 e)

Mit sozialpopulistisch-unfundierte Diskursen über „Generationengerechtigkeit“, gerne auch verschraubt mit „Müttern“, und „Altersarmut“, bevorzugt unter Aussparung des Aspektes der ehefinanziell durchaus merklichen Männerfrühsterblichkeit, begünstigen die Wohlfahrtsverbände, insbesondere aber auch die Sozialverbände die Funktion der Rentenreformen als staatliche Lohnsenkung auf dem Umweg über die Neben-Löhne. Ihr „Gedöns“ (Gerhard Schröder) macht jede kritisch-ökonomische Analyse unhörbar. Ein angemessenes Verständnis von Rentenbeiträgen und Rentenzahlungen muss mit Mühe bspw. mit Hilfe von Darstellungen nicht der individuellen oder generativen, sondern der regionalen Voraussetzungen und Wirkungen der Rentenfinanzen verbreitet werden.

Albrecht Goeschel und Rudolf Martens haben am Beispiel der Regionen Nordrhein-Westfalens das Thema „Altersarmut“ in einen regionalökonomischen Rahmen gestellt und damit Voraussetzungen für eine auch makroökonomische Qualifizierung des Diskurses über „Alterarmut“ geliefert. (53 f) Bei diesen Untersuchungen wurde deutlich, dass es die hohen Renten aus den hohen Löhnen der vormaligen Montanindustrie sind, die etwa im Ruhrgebiet im Kontrast zu den dort jetzt niedrigen Arbeitseinkommen und verbreiteten Sozialeinkommen diese Großregion ökonomisch stabilisieren. (53 g)

5.5. Armutsforcierung durch Mobilitätsdefizite

Sowohl in der Bildungsforschung (54) wie in der Gesundheitswesenplanung (55) der 1960er bis 1980er Jahre spielte stets die räumliche, d.h. verkehrliche Erreichbarkeit

von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen als Gesichtspunkt für die tatsächliche Gleichmäßigkeit, Bedarfsgerechtigkeit und Leistungsfähigkeit dieser Daseinsvorsorgeinfrastrukturen eine zentrale Rolle.

Die Tatsache, dass der Armutsdiskurs in Deutschland erstmals mit Untersuchungen von Albrecht Goeschel (56) und Rudolf Martens (57) mit dem Aspekt des Mobilitätsbedarfes in einer räumlich differenzierten Gesellschaft verknüpft wurde, zeigt die sozialbürokratische, ja: sozialpädagogische Verengung der deutschen Armutsdiskussion. Die Europäische Kommission übte bereits im Gemeinsamen Bericht über soziale Eingliederung 2004 unüberhörbare Kritik daran, dass die meisten Mitgliedstaaten auf die Zusammenhänge von Eingliederung und Verkehr „überhaupt nicht eingehen“. (58) Die für die deutschen Sozialverbände typische verbandshuberisch-kleinkarierte Dauerwortmeldung zum Thema „Barrierefreiheit“ – womöglich als neuer Grundgesetzartikel – lenkt von der wachsenden sozialen Notlage im Bereich der allgemeinen Mobilität zusätzlich noch ab.

Goeschel und Martens untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln das „Verarmungsrisiko“, das sich aus einem regionalen Zusammentreffen von erschwerter verkehrlicher Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeinfrastruktur und niedrigen bzw. sinkenden Alterseinkommen (59) bzw. zu niedrigen Verkehrskostenansätzen im Regelsatz (60) ergeben. Die von den Autoren verdeutlichte zentrale Rolle der regionalen Verkehrsverhältnisse einerseits und Einkommensverhältnisse andererseits für das Verarmungsrisiko bekommt durch die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angestoßene Diskussion über die wachsende Investitionslücke im Bereich der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland (61) Anschluss an den politischen gewollten Rückgang der öffentlichen Investitionen im Geschäftsmodell Deutschland.

6. Armutsdiskurs und Wirtschaftskritik:

In der krisenbezogenen Kommunikationspolitik der Wohlfahrtsverbände vollzog sich im Jahre 2010 eine bemerkenswerte Aufteilung in zwei Themenbereiche: Einerseits wurde das Thema „Armut“ vor allem, aber nicht nur, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband weiter forciert (62). Dies war angesichts des Ausmaßes und der Auswirkungen der sich dramatisierenden Krise eine vom Ansatz her defensive Position. Andererseits wurde aber auch vom gleichen Verband und in Fortsetzung des von Rudolf Martens im Jahr 2009 vorgelegten „Armut-Atlas“ mit seiner Verdeutlichung räumlicher Zusammenhänge von Armut und Wirtschaft (63) weiter an einer Präzisierung der Analyse der sozialpolitischen Implikationen des „Geschäftsmodell Deutschland“ und vor allem des Krisenmanagements der Bundesregierung gearbeitet. Rudolf Martens legt 2010 einen „Kürzungs-Atlas“ für Deutschland vor. (64) Zugleich griff Rudolf Martens in einem kritischen Rückblick auf die Politik der Armutsbereichterstattung die 2008 formulierte Forderung nach Einbeziehung der Armutgefährdungsquote als Sozialfolgenindikator in die jährliche Beurteilung des Geschäftserfolges der Volkswirtschaft in Deutschland (64) auf. Mit diesem Rückblick auf die Politik der letztlich folgenlosen Armutsbereichterstattung hatte eine erste Phase der Gewinnung auch makroökonomischer Kompetenz bei den Wohlfahrtsverbänden einen Höhe- und Endpunkt erreicht. (65) Im Bereich der Sozialverbände vollzog sich dieser Kompetenzaufbau in etwas anderer Weise. (66)

7. Regionalanalysen und Investitionskonzepte:

Die Forderung nach Integration des Armutsthemas in die Wirtschaftsbegutachtung, die Ableitung der gestiegenen Armutsrisikoquoten vor allem in den Problemregionen aus dem „Geschäftsmodell Deutschland“ etc. wurden beim Paritätischen Gesamtverband durch Regionalanalysen zur Armutslage in Kontrastregionen wie dem Ballungsraum München (67) einerseits und den Regionen Nordrhein-Westfalens (68) andererseits flankiert.. Zusätzlich gab der Landesverband Bayern des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Bayern eine Analyse des Zweiten Sozialberichtes der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag, der auf der Grundlage des reichhaltigen Datenmaterials dieses Berichtes die im Bericht selbst gar nicht erkannten spezifischen Zusammenhänge von Wirtschaftsentwicklung, Einkommensentwicklung und vor allem regionalem Ausgleichsbedarf in Bayern untersuchte. (69)

Dieser dezidierte Regionalansatz lenkte den Blick auch auf neue Strategiemöglichkeiten bei der Abwehr der Überwälzung der Krisenfolgen auf die Lohnempfänger und Sozialleistungsbezieher. So war ein Hebel für die Forcierung der Exportorientierung durch Lohndumping im „Geschäftsmodell Deutschland“ neben direktem Lohnstillstand die Senkung der Neben-Löhne unter der Überschrift „Beitragsstabilität“. Diese Politik wurde auch durch eine Konzentration und Zentralisierung der Sozialversicherungszweige Kranken- und Rentenversicherung vorbereitet und begleitet. Der zentrale Gesundheitsfonds mit seinen enormen Beitragsüberschüssen, denen entsprechende Leistungsdefizite gegenüberstehen und die auch für Zwecke der Entlastung des Bundeshaushaltes dienen ist sichtbares Zeichen dafür. Es war daher sozialfinanzpolitisch zielführend, als Gegenstrategie eine durch Sozialverbände und Kommunen gemeinsam vorzunehmende Ausarbeitung regionaler, über alle Sektoren des Sozialen sich erstreckende Sozialbudgets zu fordern. Diese Sozialbudgets sind als Ersatz für die wirkungslos gewordenen Armutsberichte gedacht und sollen Ausgangsbasis für offensive Strategien und Programme der Rückverteilung der aus den Regionen abgezogenen Beitragsmittel in diese Regionen sein (70) und eine Antwort auf die Schuldenbremse bieten. (71)

Unzweifelhaft lag und liegt der Haupteffekt einer dezidierten Regionalorientierung bei der Analyse von Voraussetzungen und Auswirkungen des Krisenmanagements und der Sparpolitik des deutschen Machtkartells in den Möglichkeiten, hiergegen offensive Sozialpolitik zu entwickeln. Die noch bestehende begriffliche Unschärfe der angesichts der Installierung der Schuldenbremse mit ihren absehbaren deflationären Wirkungen geforderten „Investitionen in Gerechtigkeit“ (72) ist damit noch nicht behoben. Was „Sozialinvestitionen“ sind oder sein können lässt sich aus Regionalanalysen nicht ohne vorherigen Globalanalysen erschließen. Dies machte auch weitere Arbeiten an der Fundierung und Präzisierung einer eigenständigen (sozial-)wirtschaftspolitischen Strategie erforderlich. Notwendig hierfür war beispielsweise ein Rahmen für die Einordnung zumindest der Sozialwirtschaft bzw. der Freien Wohlfahrtspflege in die Wirtschaftssektoren und in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (73).

Übersicht: Privatwirtschaft, Staatswirtschaft und Sozialwirtschaft

Übersicht

Privatwirtschaft, Staatswirtschaft und Sozialwirtschaft

Träger Merkmal	Privat	Staat	Sozial
Steuerungs- prinzip	Marktwirtschaft- liche Ordnung	Politische Legi- timation	Solidarität
Ziele	Erwerbswirt- schaftlich	Bedarfswirt- schaftlich	Bedarfswirt- schaftlich
Güter	Private Güter	Öffentliche Gü- ter	Kollektivgüter
Mitarbeiter	Arbeitnehmer	Beamte und Arbeitnehmer	Arbeitnehmer und Freiwillige
Finanzierung	Umsatzerlöse	Öffentliche Ab- gaben	Spenden, Mit- glieder-beiträge

Quelle: Goll, Eberhard: Die freie Wohlfahrtspflege als eigener Wirtschaftssektor, Baden-Baden 1991, S. 60

Ansätze für die Identifizierung investiver Funktionen auch von Sozialtransfers durch ihre Bedeutung für die Herstellung und Erhaltung von Arbeitsvermögen, d.h. „Humankapital“ und für die Verfügbarkeit von Konkurrenten auf dem Markt für Arbeitszeit, d.h. einer „Reservearmee“ sowie zumindest für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft, d.h. der „Produktivität“ erarbeitete eine schon zu Beginn der Finanz- und Realkrise in Deutschland von Rudolf Martens vorgelegte Studie zur Rolle des Existenzminimums als Wachstumsfaktor und als Wagnisversicherung. (74)

Für die Entwicklung von Sozialinvestitions-Programmen, unabhängig davon, dass ihre begriffliche Präzisierung noch verbesserungsfähig war, wurden im Auftrag des Landesverbandes Bayern des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Typen von Pro-

gramm-Regionen für Sozialwirtschaft und Sozialpolitik erarbeitet, die auf den in der amtlichen Statistik verfügbaren Indikatoren aufgebaut sind. (75)

Übersicht: Programm-Regionen für Sozialinvestitionen

8. Sozialinvestitionen als Konzept:

Durchweg fällt auf, dass zwar einerseits von verschiedenen Seiten gefordert wird, auch durch Sozialinvestitionen und durch Investitionen in das Soziale erneutes Wachstum zu stimulieren. Dabei bleibt aber nicht nur unausgesprochen, dass es sich c.p. um eine Mehrwerterhöhung durch Produktivitätssteigerung an Stelle der vorherrschenden Profitsteigerung durch Lohnsenkung handelt noch werden die Unterschiede zwischen Sozialinvestitionen und Investitionen in Soziales klargelegt. Sofern insbesondere im Zusammenhang der Weltkrise und der sogenannten Euro-Krise von „Sozialinvestitionen“ die Rede ist, wird damit umschrieben, dass erhöhte Steuer- und Beitragsausgaben für Bildung, Gesundheit und Pflege auch erweiterte Investitionen Privater in das Soziale bedeuten können. Eine Präzisierung des Begriffes stärkt die Position derer, die „Sozialinvestitionen“ fordern. Begriffliche Klärungen sind insbesondere notwendig, soweit es darum geht, ob Sozialtransfers, also Geld- und Sachleistungen an Personen ausschließlich als Konsumverwendung oder unter bestimmten Bedingungen auch als Investivverwendung der Wertschöpfung zu betrachten sind.

8.1. Handel mit Arbeitszeit bedingt Sozialkosten

In gewinnorientierten Warengesellschaften ist das „Soziale“ unbestimmt (76), es ist eine Resultante, eine Restgröße die sich aus der politisch-staatlichen, später rechtlichen Bewältigung der Folgen des Handels mit Arbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Faktorkosten des Arbeitsangebotes auf dem Arbeitsmarkt bestimmen sich nach dem jeweiligen Aufwand, der für die gesellschaftlichen Gesamtumstände der Arbeitsanbieter, für deren und ihrer Angehörigen Unterhalt, Betreuung, Ausbildung, Gesunderhaltung etc. von den Erbringern und Lieferanten solcher Leistungen gefordert wird.

Nachdem in gewinnorientierten Warengesellschaften der Ankauf von Arbeitszeit stets auch unter der Prämisse erfolgt, dass diese weniger Kosten verursacht als sie Nutzen schafft, sind Nachfrageausfall, Unterbrechungen und Abweichungen des Arbeitsmarktes und der dort erzielbaren Lohnpreise per Definition vorgesehen. Diese Nachfrageausfälle, Unterbrechungen und Abweichungen werden in wachsender Breite, Tiefe und Zeitdauer als „Soziale Frage“ gestellt und durch Sozialstaat, Sozialpolitik und Sozialrecht beantwortet – durch eine „bewusste gesellschaftliche Veranstaltung zur individuellen und kollektiven Reproduktion der Ware Arbeitskraft“(77). Unter den Bedingungen der Globalisierung gibt es richtigerweise mittlerweile längst auch eine „Internationale Sozialpolitik“ (78). Ob die Bereitstellung von Sozialeinkommen einschließlich sozialstaatlicher Daseinsvorsorgeleistungen

Programm-Regionen für Sozialinvestitionen

- **Rückstandsregionen**
- **Regionen mit sozialer Spreizung**
- **Erwerbsregionen und Transferregionen**
- **Regionen mit Flexibilitäts-, Mobilitäts- und Kommunikationsaufwand**
- **Statusregionen und Qualifikationsregionen**
- **Regionen mit Wohnumfelddefizit**
- **Vereinzelungsregionen und Familienregionen**
- **Kinderregionen und Älterenregionen**
- **Regionale Genderaspekte**
- **Migrationsgeprägte Regionen**
- **Langleberegionen und Frühsterberegionen**

Quelle: Goeschel, Albrecht: Daten und Karten für einen kritischen Sozialbericht Bayern des DPWW-Bayern. Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, Juni 2007

dann vorrangig über Sozialversicherungsinstitutionen oder Sozialstaatsinstitutionen, finanziert aus Beitragsabgaben auf Lohneinkommen oder Steuerabgaben auf Erwerbseinkommen und äquivalent zum Lohneinkommen oder adäquat zu Versorgungsmaßstäben erfolgt ist bei der Frage nach den Sozialinvestitionen nachrangig: Entscheidend ist, dass Lebensunterhalt für die verschiedensten Lebenslagen und Lebensbedürfnisse auch außerhalb des Handels mit Arbeitszeit zur Verfügung gestellt wird.

8.2. Produktive und investive Wirkungen von Sozialtransfers

Soweit es die Frage sozialer Investitionen betrifft, stellt sich diese zweifach: Einmal stellt sich die Frage danach, ob und inwieweit Sozialtransfers, also Monetär- oder Realtransfers außerhalb des Marktes aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ausschließlich als staatlicher oder privater Konsum im Verwendungskonto des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufes zu betrachten sind oder ob und inwieweit sie auch als Investition

auf diesem Verwendungskonto zu betrachten sind und damit dann auf das Entstehungskonto der Wertschöpfung positiv zurückwirken.

Ganz im Unterschied zu der in den letzten Jahrzehnten in Deutschland vorherrschenden Behauptung, Sozialtransfers seien beitrags- oder steuerfinanzierte Umverteilungen von Wertschöpfung in öffentlichen oder privaten Konsum anstatt in unternehmerische Investition sieht eine anspruchsvolle Ökonomie in Sozialtransfers, d.h. in Sozialsicherung in allererster Linie einen Faktor für die Forcierung der Wertschöpfung, d.h. als öffentliche Investition. Entscheidend ist dabei die Tatsache, dass die durch Sozialversicherungen oder Sozialstaatseinrichtungen garantierte Reduzierung von Unsicherheit gerade auch die Anbieter von Arbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt zu größerem Wagnis, zu größerer Risikobereitschaft etwa beim Bildungsaufwand, beim Stellenwettbewerb, etc. befähigt. (79) Sozialsicherung vermindert Armut also durch Produktivitätssteigerung, nicht durch Mildtätigkeit. (80)

Neben dieser historisch gewachsenen expansive Wirkung der ehemals tatsächlich aus der unmittelbaren Armutsbewältigung und Arbeitslosigkeitsbewältigung entstandenen Sozialsicherung auf den wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess gilt vor allem für die Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und damit des Neubeginns des vor dem Ersten Weltkrieg beendeten freien weltweiten Handels mit Realgütern und –leistungen sowie Kapital- und Finanzdiensten, dass es erst der Ausbau der Wohlfahrtsstaaten mit ihren durchaus unterschiedlichen Ausprägungen war, der die Globalisierung der zurückliegenden Jahrzehnte möglich gemacht hat: Der Schutz der nationalen Arbeitnehmerschaften, die zugleich als Staatsbürger auch Wählerschaften sind, vor der Lohn- und Leistungskonkurrenz der Arbeitnehmerschaften anderer Volkswirtschaften musste nicht mehr durch Protektionismus, d.h. die wirtschaftliche Abschottung der Staaten bewerkstelligt werden sondern wurde innerstaatlich durch Sozialpolitik und Sozialsicherung erreicht. (81)

In der anspruchsvolleren Literatur wird noch ein weiterer investiver Effekt der Sozialsicherung hervorgehoben: Wegen der einerseits mittlerweile zu einem enormen Volumen angewachsenen Sozialtransferbudgets (82) und deren Wirkungsweise als gerade in Expansionsphasen verstärkt abschöpfende Systeme und in Kontraktionsphasen zunächst ungeschmälert zuführende Systeme wirken die Sozialbudgets als „eingebaute Stabilisatoren“ für die Konjunkturglättung. (83) Ganz wesentlich sind aber auch die Sozialtransfers, soweit sie als Realtransfers, d.h. soziale, medizinische etc. Sachleistungen gewährt werden ein volkswirtschaftlicher Wertschöpfungssektor geworden der wie etwa die Umweltwirtschaft vormals nichtbeachtete, nichtberechnete und nichtbezahlte soziale und ökologische Schadfolgen der Wirtschaft nun zu einem eigenen Wachstumsfaktor, d.h. Feld für Kapitalanlage und Gewinnerzielung gemacht hat. (84)

Auch hier hat die vorherrschende Meinung gerade in der sogenannten „Gesundheitsökonomie“ die investiven Elemente in den Zahlungsregelungen bspw. der deutschen Gesetzlichen Krankenversicherung und die offenkundigen und erheblichen regionalwirtschaftlichen Wachstumseffekte der Gesundheitswirtschaft (85) zunächst vehement bestritten. Insbesondere wurden die investiven Wirkungen der Zahlungsgarantien der Krankenkassen für die Erbringer der Gesundheitsleistungen (86) zunächst bestritten und dann auch noch die hohen Selbstfinanzierungseffekte (87) geleugnet.

Von besonderer Bedeutung ist bei allen sozialen Realtransfers, insbesondere der Gesundheitswirtschaft und Pflegewirtschaft deren hohe Regionalinzidenz auf Grund ihrer Eigenschaft als nahversorgende Dienstleistungen. (88) Sozialtransfers insbesondere Realtransfers der Gesundheits- und Pflegewirtschaft haben i.d.R. hohe Wirkung für den Zufluss von Sozialfinanzen in die Empfängerregion und dort eine erhöhte Wertschöpfung durch Dienstleistungen, erhöhte Investitionen, Beschäftigungsentgelte, Abgaben und Erträge zur Folge. Sie sind damit ein wesentlicher Faktor auch der interregionalen Finanzströme und ein starkes Element des gesamten Finanzausgleichssystems. (89)

8.3. Soziale Investitionsprogramme: Steigerung der Produktivität und Ausweitung der Dienstleistungen

Das Dilemma der aus politisch-ökonomischen Gründen über kurz oder lang immer wieder notwendigen Produktivitätssteigerung nicht nur durch Technischen Fortschritt sondern auch durch Sozialen Fortschritt, nämlich der damit verbundenen Anhebung der Reallöhne bei gleichzeitig globalisierungsbedingt steigender internationalen Lohnkonkurrenz führt, wenn Abgabenerhöhungen auf die Wertschöpfung und die Vermögen politisch ausscheiden, zu steigender Staatsverschuldung oder Arbeitslosigkeit. Typische Erscheinungen sind daher Regionen mit erhöhter Produktivität, hohen Löhnen und gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit wegen fehlender Zukunftsausrichtung, d.h. Konkurrenzfähigkeit der gesteigerten Produktivität. (90) Soziale Innovations- und Investitionsprogramme bieten hier die Chance, dass sie die gesamtwirtschaftliche Produktivität verbessern (91) und regionalwirtschaftlich für kompensierende Beschäftigungszunahme bspw. in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft sorgen. (92) In der aktuellen Krise des Euro und der EU treten mittlerweile die großräumigen Disparitäten zwischen Zentrum und Peripherien bei Armutsgefährdung und Arbeitslosigkeit scharf hervor. Dabei liegt die Produktivität in den Peripherien des Südens durchaus nicht in den untersten Bereichen. Schwach entwickelt ist allerdings der Innovationswert, gemessen in FuE-Potential. (93)

9. Finanzbedarf durch Sozialkürzungen oder Sozialstillstand als Lohnlücke:

Unter Aussparung der Frage, welche Arten von monetären oder realen Sozialtransfers als „Investitionen“ bewertet werden können und welche Investitionen im Sozialbereich unstreitig als solche betrachtet werden können bereichert der Paritätische Wohlfahrtsverband mit seiner Zusammenstellung von „Finanzierungsnotwendigkeiten des Sozialstaates“ (94) die Entstehung eines umfassenden Wachstumsprogrammes auch durch Investitionen in das Soziale – neben Energie, Kommunikation, Transport und Infrastruktur. Die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband vorgelegte Berechnung stellt für eine Reihe von Bereichen des „Sozialen“ dar, welche Finanzmittel in den nächsten Jahren benötigt werden, um erfolgte Kürzungen oder absehbare Mehrbedarfe auszugleichen (95) Monetäre oder reale Sozialtransfers sind gesamtwirtschaftlich zumindest soweit sie aus Beiträgen oder Steuern auf Löhne (und letztlich auch Freizeit aus Arbeitsverhältnissen) aufgebracht werden, unmittelbarer Lohnersatz. Nachträgliche Kürzungen oder ungedeckter Mehrbedarf ohne entsprechende Beitrags- oder Steuersenkungen (oder Freizeitausgleiche) sind demnach Lohnkürzungen oder Lohnstillstand. Die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband berechneten bis 2017 auflaufenden Sozialdefizite beziffern damit auch ein bestimmtes Volumen der

Lohnlücke in Deutschland. Ein Teil davon könnte bei genauerer Definition und Qualifizierung auch einen Teil der Sozialinvestitionslücke in Deutschland abbilden.

Übersicht: Sozialdefizit als Lohnlücke 2014 – 2017

10. Sozialinvestitionen als Ausweg aus der Wachstumskrise:

Im Zusammenhang von Vorschlägen für europaweite Konjunktur-, Investitions- und Wachstumsprogramme werden in unterschiedlicher Systematik, Struktur, Präzision und Konkretion auch „Sozialinvestitionen“ vorgeschlagen. Dabei wird unzureichend geklärt was „Sozialinvestitionen“ etwa im Bereich der Krankenhausversorgung sind: Aufwendungen für Bauanlagen, Geräteausstattung und Personalkosten für eine gemeinwirtschaftliche oder für eine gewinnwirtschaftliche Leistungserstellung bei regulierten Preisen. Dabei könnten bei entsprechend höheren Löhnen für alle, vor allem die unteren Lohngruppen in der Gesamtwirtschaft die Krankenhauspreise auch dereguliert werden. Das „Soziale“ liegt hier also vor allem in einer Kompensation der Niedriglöhne durch Reguliertpreise einerseits und Umverteilungsbeiträge andererseits.. Bei „Investitionen in das Soziale“ besteht das „Investive“ wie etwa im Bereich der Jugendhilfe und der Schulausbildung in der Herstellung und Erhaltung von Arbeitsvermögen, also der Humankapitalbildung als Gegenstück zur Geld- und Sachkapitalbildung und insbesondere auch in der Absenkung der Reproduktionskosten des Arbeitsvermögens, d.h. der Erhöhung der Gewinnträchtigkeit bzw. der Mehrwerterzeugung des Arbeitseinsatzes.

„Sozialinvestitionen“ bzw. „Investitionen in das Soziale“ bewirken also, wenn sie nicht deutlich über die Reproduktionskostenabsenkung oder die Produktivitätssteigerung hinausgehen, nach Krisen oder Stagnationsphasen nur einen neuen Schub von Überakkumulation. Krisen und Stagnation können nur durch Programme von „Sozialinvestitionen“ bzw. „Investitionen in das Soziale“ abgeschwächt werden, wenn sie zu einem realen Ansteigen der Lohnquote einschließlich der Neben-Löhne bzw. des Lohnersatzes gegenüber den Unternehmens- und Vermögenseinkommen führen. Dies setzt allerdings entsprechende politisch-regulatorische, programmatische und organisatorisch-planerische Akteure und Strategien voraus.

11. Verarmungspolitik und „Euro-Krise“:

Ein von der Armutsdiskussion in Deutschland bisher geflissentlich übersehener Aspekt des Armutsphänomens ist dessen europäische Dimension. Es ist bemerkenswert dass mit Ausnahme des Sozialverbandes VdK Nordrhein-Westfalen keiner der Sozial- und Wohlfahrtsverbände, bei denen sich ansonsten eine allerdings unbestimmt-allgemeine Diskussion über „Armut“ hoher Beliebtheit erfreut, den Verarmungsangriff auf die südeuropäischen Krisenländer thematisiert hat. (96) Auch die wissenschaftliche Armutsbeforschung in Deutschland hat bislang die Politik und Ökonomie der Verarmung Europas im Zuge der Instrumentalisierung der Weltkrise für das Neoliberale Projekt lieber nicht auf ihre Themenliste gesetzt – ganz im Unterschied zur ökonomischen Raum- und Regionalforschung. (97) Diese euroökonomische Ignoranz der politischen und wissenschaftlichen Armutsdebatte in

Übersicht
Sozialdefizit
als
Lohnlücke
2014 – 2017

Bereiche	Mrd. Euro
1. Soziales Existenzminimum und Vermeidung von Altersarmut	24,48
2. Integration von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen ohne Berufsabschluss	8,60
3. Bezahlbares Wohnen, bezahlbare Energie und Mobilität	20,84
4. Bildungsinvestitionen und Jugendarbeit	15,42
5. Gesundheit und Rehabilitation	12,70
6. Pflege	34,88
7. Teilhabe für Menschen mit Behinderung	22,87
8. Migration und Integration	2,00
	141,79

Quelle: Martens, Rudolf: Finanzierungsnotwendigkeiten des Sozialstaates. Hrsg.: Der Paritätische Gesamtverband, Berlin August 2013, S.

Deutschland stellt ein erhebliches Hindernis für die Erarbeitung und Durchsetzung eines Sozialinvestitionsprogrammes für Deutschland, die Eurozone und die EU dar, das über eine bloße Vorbereitung der nächsten Überakkumulationskrise hinausgeht. Gerade die ehe beschauliche Armutsforschung in Deutschland ist aufgerufen, sich an der Forcierung eines Europäischen Sozialdialogs zu beteiligen. Zusammen mit Wohlfahrtsverbänden, Sozialverbänden und Gewerkschaften ist sie aufgerufen, den spontanen Protestbewegungen und den sozialen Alternativökonomien in den Krisenländern ökonomische und politische Hilfe zu leisten.(98)

Anmerkungen:

- 1) Büschemann, Karl-Heinz: Koalition der Schönfärber. In: Süddeutsche Zeitung, 8./9.6.2013
- 2) Büschemann, Karl-Heinz: Abwärts. In: Süddeutsche Zeitung, 25.7.2013
- 3) Beise, Marc: Bittere Medizin. In: Süddeutsche Zeitung, 6./7.7.2013; Hofmann, Catherine: Böses Erwachen. In: Süddeutsche Zeitung, 5.7.2013; Gillmann, Cerstin; Hagelücken, Alexander: Jetzt kommt es auf die Großen an. In: Süddeutsche Zeitung, 01.10.2013 und Piper, Nikolaus: Schlimmer als Griechenland. In: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2013
- 3a) Schäfer, Ulrich: Schicksalsfrage. In: Süddeutsche Zeitung, 28./29.9.2013
- 4) Gammelín, Kerstin: Merkels verlorene Verbündete. In: Süddeutsche Zeitung, 24.4.2012 und Hoffmann, Catherine: Operation Selbstbetrug. In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.5.2012
- 5) Hagelücken, Alexander: Nicht nur sparen und schrumpfen. In: Süddeutsche Zeitung, 28./29.1.2012
- 6) Bofinger, Peter: Deutschland lebt unter seinen Verhältnissen. In: Süddeutsche Zeitung, 17.5.2012
- 7) Piper, Nikolaus: Deutschland gegen den Rest der Welt. In: Süddeutsche Zeitung, 21.5.2012
- 8) Schoepp, Sebastian: Aufstand gegen das Spardiktat. In: Süddeutsche Zeitung, 24.4.2012
- 9) DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): Ein Marshallplan für Europa, Berlin 4.12.2012
- 10) Inserataktion vom Sommer 2013
- 11) Ver.di-Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Hrsg.): Achtung: Europa in Gefahr - Ein soziales Europa geht anders, Berlin o.J., S.15
- 12) DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): A.a.O., S.15, 16 und 17
- 13) Ebda., S.15
- 14) Ebda., S.15
- 15) Ebda., S.16
- 16) Ebda., S 17
- 17) Ebda., S.17
- 18) Mai, Karl: „Wege aus der Staatsverschuldung“ aus aktueller linker sowie makroökonomischer Sichtweise, Manuskript, Halle 25.3.2013. Zitiert nach: www.Schattenblick.de
- 19) Jaeger et al.: Wege aus der Wachstumskrise. Hrsg. European Climate Forum, Potsdam 2009, DIW-Wochenbericht: Investitionen für mehr Wachstum - Eine Zukunftsagenda für Deutschland. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 26/2013 und Gammelín, Cerstin: Marschall-Plan für ein marodes Land. In: Süddeutsche Zeitung, 21./22.5.2013
- 20) Deutsche Bundesbank: Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum. In: Monatsbericht, Frankfurt am Main 2010, S.17-31
- 21) Goeschel, Albrecht: Soziale Arbeit als Wirtschaftsfaktor und als Zukunftsinvestition. In: Soziale Arbeit, Berlin 3/1987, S.91-96 und ders.: Freie Wohlfahrtspflege als Faktor der Regionalwirtschaft. In: Zentralblatt für Sozialversicherung, 6/1987, S. 166-170. Dargestellt wurden damals sowohl die traditionell verstandenen Investitionen der Sozialwirtschaft in Bauanlagen etc. und Personal und die damit erzielte Bruttowertschöpfung sowie auch deren Produktivitätseffekte.
- 22) Goll, Eberhard: Die freie Wohlfahrtspflege als eigener Wirtschaftssektor, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1991, S. 191 ff.

- 23) Ende der 1980er Jahre legte der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband einen ersten Armutsbericht für Deutschland vor der dann den Grundstein für eine nachhaltige wissenschaftlichpolitische Armutserörterung und eine vielfältige amtliche Armutsberichterstattung legte. Bauer, Ulrike: Zwanzig Jahre Armutsberichterstattung in Deutschland. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden 2/2010, S. 43-44
- 24) Ablesbar ist dies an der Fachbereichsgliederung und den Lehrplänen der nicht geringen Zahl von (Fach-)Hochschulen für Soziales in Deutschland
- 25) Studiengruppe für Sozialforschung e.V.(Hrsg.): Sprachlos in der Krise: Zur Kommunikationspolitik der Sozial- und Wohlfahrtsverbände während der Diskussion über Wirtschaftseinbruch und Konjunkturmaßnahmen im Herbst 2008 und Winter 2009, Marquartstein, April 2009
- 26) Goeschel, Albrecht: In der Krise wird Armutspolitik zu Wirtschaftspolitik: Strategische Herausforderungen für die Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt. In: Gesundheitspolitik – Management - Ökonomie, Frankfurt am Main, 4/2008,S.81-83
- 27) Die Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger und Gustav Horn hatten im Mai 2009 zusammen mit einer Anzahl weiterer Persönlichkeiten aus den Wirtschaftswissenschaften einen öffentlichen Appell zu den Negativwirkungen der Schuldenbremse unter dem Motto „Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“ verfasst und verbreitet.
- 28) Goeschel, Albrecht: Mehrwertsteuer-Lücke und Exportmeisterschaft: Gesamtwirtschaftliche und armutspolitische Anmerkungen zur Mehrwertsteuer-Debatte. Hrsg.: Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, Juli 2009
- 29) Goeschel, Albrecht: Bayern: Ein „deutsches Erfolgsmodell“ am Ende?. Hrsg.: Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, April 2009
- 30) Martens, Rudolf, zu Gathen v., Marion: Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Hrsg.: Der Paritätische Gesamtverband, Berlin, 26. November 2009, S.3 ff.
- 31) Ebda, S.5 und Schneider, Ulrich et al.: Stellungnahme des Gesamtverbandes und der Forschungsstelle zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland(Konjunkturpaket II). Hrsg.: Der Paritätische Gesamtverband, Berlin 5. Februar 2009, S. 7 ff.
- 32) Ebda., S.8
- 33) Ebda., S. 9
- 34) Ebda., S. 11 ff.
- 35) Die Bedeutung der Sozialwirtschaft als regionaler Wirtschaftsfaktor wurde später in einer von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Auftrag gegebenen Studie herausgearbeitet. Puch, Hans-Joachim; Schellberg,Klaus: Sozialwirtschaft Bayern – Umfang und wirtschaftliche Bedeutung, München, Juni 2010
- 36) Sozialverband VdK-Bayern (Hrsg.): Die demografische Täuschung: Bevölkerungswandel als Vorwand für eine Politik der Verarmung, München 2007; Sozialverband VdK-Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Grosse Koalition“: Enkelkinder und Großeltern gegen Bildungskrise und Altersarmut, Düsseldorf 20 derss. (Hrsg.): „Realwirtschaft“: Die Altersrenten kommen nicht aus dem Finanzkasino, Düsseldorf 2010 und derss. (Hrsg.): „Lohnarbeit“: Sozialstaaterneuerung in NRW durch bessere Löhne und Daseinsvorsorge, Düsseldorf 2011 und ders. (Hrsg.): „Euro“: Rettet eine Sozia-Union Europa?, Düsseldorf 2013

- 37) Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege(Hrsg.): Gemeinsame Positionierung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Finanz- und Wirtschaftskrise, Berlin 25. August 2009, (Entwurf)
- 38) Martens, Rudolf: Kinderarmut und Bildungsunterschicht: Sozialpolitische und bildungspolitische Gefährdungen der Alterssicherung. In: Sozialverband VdK Bayern(Hrsg.): Die demographische Täuschung: Bevölkerungswandel als Vorwand für eine Politik der Verarmung, München 2007, S.93 – 112) Schneider Ulrich: Armes Deutschland – Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand, Frankfurt am Main 2010
- 39) ebda., S.93
- 40) Ebda., S.95 ff., 102 ff. und S.111
- 41) Martens, Rudolf: Armut und Bildung in Deutschland – Bildungsselektion als gesamtdeutsches Projekt, Manuskript, Berlin 2013, S. 10 ff.
- 42) Ebda., S.10 ff.
- 43) Ebda., S.10
- 44) Ebda., S.15
- 45) Goeschel, Albrecht: Wissensgesellschaft: Adaption der Qualifikationen, Mentalitäten und Milieus an den Exportkapitalismus Deutschland. In: Koppetsch, Cornelia (Hrsg.): Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus, Wiesbaden 2011, S.51-78
- 46) Martens, Rudolf: Armut und Bildung, a.a.O., S.14
- 47) Martens, Rudolf: Gesundheitsarmut bei Kindern am Beispiel Bayerns und Reaktionen der Politik. Diskussionspapier II der Paritätischen Forschungsstelle, Berlin 9.Oktober 2008
- 48) Goeschel, Albrecht; Steinmetz, Markus: Kindergesundheits-Atlas für Deutschland: Regionale Zusammenhänge von Einkommensschwäche und Krankenhausbehandlung bei Kindern. Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Marquartstein, Dezember 2011
- 49) Goeschel, Albrecht; Martens, Rudolf: Gesundheitsfonds macht Regionen arm. Hrsg.: Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, Oktober 2008
- 50) Zander, Thomas: Pflegeversicherung und Pflegeversorgung: Entsteht hier die gesundheitliche Grundversorgung der Zukunft ? In: Sozialverband VdK Nordrhein Westfalen (Hrsg.): „Pflege-Armut“: Folge der Pflege-, Gesundheits- und Grundsicherungsreformen?, Düsseldorf 2012, S.51-70
- 51) Ebda., S.58 ff.
- 52) Goeschel, Albrecht: Lebenslagen-Medizin: Soziale Pflege- und Gesundheitswirtschaft in den Regionen NRWs. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Pflege-Armut“, a.a.O., S.19-49
- 53) Martens, Rudolf: Modellrechnung zum Geldwert der Pflege durch Angehörige. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Pflege-Armut“, a.a.O., S. 153-158
- 53a) Goeschel, Albrecht: Renten sind Lohnnachzahlungen – keine „Lohnnebenkosten“, Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein Mai 2011 und Zander, Thomas: Die Zukunft der gesetzlichen Rente – als Lohnbestandteil. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Realwirtschaft“: Die Altersrenten kommen nicht aus dem Finanzcasino. Düsseldorf 2010, S.113-125
- 53b) Goeschel, Albrecht: Renten sind Lohnnachzahlungen – keine „Lohnnebenkosten“. A.a.O., S.8ff. und S.11 ff.
- 53c) Ebda., S.6 ff.
- 53d) In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass die gegenwärtige Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland als Parlamentarische Staatssekretärin

- maßgeblich an der Teil-Privatisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung in Gestalt der sogenannten „Riester“- Rente beteiligt war.
- 53e) Goeschel, Albrecht: Renten sind Lohnnachzahlungen – keine „Lohnnebenkosten“. A.a.O., S.11 ff.
- 53f) Goeschel, Albrecht; Rudolf Martens: Renten-Atlas NRW. Hrsg. Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen(Hrsg.), Düsseldorf 2010 und Martens, Rudolf: Altersarmut in den Regionen Nordrhein-Westfalens: Eine Bestandsaufnahme und eine Vorausschau. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Realwirtschaft“. A.a.O., S.77-94
- 53g) Ebda., S.81-85
- 54) Schorb, Otto Alfons; Schmidbauer, Michael: Bildungsbewegung und Raumstruktur. Hrsg. Staatsinstitut für Bildungsforschung und –planung München, Stuttgart 1969, S.39 ff.
- 55) Goeschel,Albrecht: Krankenhausbedarfsplanung und Regionalpolitik. Hrsg. Institut der deutschen Wirtschaft, Beiträge 72, Köln 1979, S.23
- 56) Goeschel, Albrecht: Sozialabbau durch Mobilitätseinschränkung: Infrastrukturpolitische Herausforderungen für die Sozialverbände, Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein 2010
- 57) Martens, Rudolf: Mobilitätsbedarf: Ein verdrängtes Thema in der Regelsatzdiskussion. In: WSI-Mitteilungen, Düsseldorf 10/2010
- 58) Europäische Kommission (Hrsg.): Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung 2004. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2004, S.92 ff.
- 59) Goeschel, Albrecht: Sozialabbau durch Mobilitätsverschlechterung, a.a.O., S. 7 ff.
- 60) Martens, Rudolf: Mobilitätsbedarf, a.a.O.
- 61) Kunert, Uwe; Link, Heike: Verkehrsinfrastruktur: Substanzerhaltung erfordert deutlich höhere Investitionen. In: DIW Wochenbericht. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 26/2013, S.32.39
- 62) Martens, Rudolf: Unter unseren Verhältnissen... Der erste Armutsatlas für die Regionen in Deutschland. Hrsg.: Der Paritätische Gesamtverband, Berlin Mai 2009
- 63) Martens, Rudolf: Unter unseren Verhältnissen II... Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011 – 2014. Hrsg.: Der Paritätische Gesamtverband, Berlin, Juli 2010
- 64) Siehe Seite...
- 65) Martens, Rudolf: Der Armutsbericht ist tot – es lebe die Armutsrechnung. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden 2/2010, S.63-67, bes.S.66
- 66) Anders entwickelte sich der Aufbau makroökonomischer Kompetenz beim Sozialverband VdK. Hier wurden die jährlichen Sozialen Foren des Landesverbandes VdK Nordrhein-Westfalen zur Fragen der Lohnarbeit, der Alters-Löhne, der Sozialsicherung, der Eurokrise etc. zum Aufbau einer Diskussionspapierreihe genutzt. In dieser Reihe werden in unregelmäßiger Folge aktuelle Themen aus dem Überschneidungsbereich von Makroökonomie, Raumordnung und Sozialpolitik dargestellt und erörtert und sämtlichen VdK-Gliederungen in Deutschland zur Verfügung gestellt.
- 66) Martens, Rudolf: Armutsberichterstattung und Regelsatzanpassung für Ballungsräume: Das Beispiel München: In Belina et al.:(Hrsg.): Disparitäten der Stadt- und Regionalentwicklung, ...
- 67) Martens, Rudolf: Altersarmut in den Regionen Nordrhein-Westfalens: Eine Be-

- standsaufnahme und eine Vorausschau. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Realwirtschaft“: Die Altersrenten kommen nicht aus dem Finanzcasino, Düsseldorf 2010, S.77-94 und Goeschel, Albrecht; Martens, Rudolf: Renten Atlas NRW. Hrsg. Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2010
- 68) Goeschel, Albrecht: Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern: Konzept – Resultate – Schwerpunktthemen. Hrsg.: Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, März 2009
 - 69) Goeschel, Albrecht; Martens, Rudolf: Regionales Sozialbudget: Konzept für die Kooperation von Kommunen und Sozialen Verbänden. In: George, Wolfgang; Bonow, Martin (Hrsg.): Regionales Zukunftsmanagement Band 4: Kommunale Kooperation, Lengerich 2010, S. 346-355
 - 70) Goeschel, Albrecht: Schuldenbremse als Finanzputsch? Die Umwandlung der Wirtschaftskrise in noch mehr private und öffentliche Armut. Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, Februar 2009
 - 71) Segbers, Franz; Martens, Rudolf: Investitionen in Gerechtigkeit sind Investitionen gegen die Krise. Frankfurt am Main, 12.Mai 2009 (Entwurf)
 - 72) Goeschel, Albrecht: Finanz- und Realwirtschaftskrise und Freie Wohlfahrtspflege: Gesichtspunkte für eine Wirkungsanalyse. Hrsg.: Studiengruppe für Sozialforschung e.V. ,Marquartstein, Februar 2010
 - 73) Martens, Rudolf: Existenzminimum: Wachstumsfaktor und Wagnisversicherung. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1/2009, S.82-92
 - 74) Goeschel, Albrecht: Daten und Karten für einen Kritischen Sozialbericht Bayern des DPWV-Bayern. Hrsg.: Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, Mai 2009
 - 75) Neubauer, Werner: Was ist das „Soziale“ an „Sozialen Leistungen“? In: Schenke, Klaus; Schmähl, Winfried (Hrsg.): Alterssicherung als Aufgabe für Wissenschaft und Politik: Helmut Meinhold zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1980, S. 95 – 121, bes. S. 96
 - 76) Mückenberger, Ulrich: Thesen zu Funktionen und Entwicklung des Sozialrechts. In: Kritische Justiz, 4-1974, S. 341 – 358, bes. 345
 - 77) So in Gestalt der 1947 gegründeten Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) mit Sitz in Genf.
 - 78) In lohnbezogen-beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystemen wird zudem das Teilnahmeinteresse an Erwerbsarbeit gesteigert, da nur hierdurch Ansprüche auf Lohnnachzahlungen, d.h. Renten erworben werden.
 - 79) Hauser, Richard: Zum Problem der staatlichen Produktion von Verlässlichkeit bei langen Zeiträumen – zu Möglichkeiten und Grenzen der Gewährleistung sozialer Sicherheit bei schwachem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum. In: Rolf et al.: (Hrsg.): Sozialvertrag und Sicherung, Frankfurt a. Main 1988, S. 148 ff.
 - 80) Rieger, Elmar; Leibfried, Stephan: Die Sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung. In: Politische Vierteljahresschrift 4/1997, S. 771 – 796; Sinn, Hans-Werner: Gedanken zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Versicherungswesens. In: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 1/1988, S. 19
 - 81) Groth, Klaus-Martin: Die Krise der Sozialversicherungen. In: Kritische Justiz, 1-1977, S. 1-10 und Hensen, Hartmut: A.a.O., S. 9 ff.
 - 82) Meinhard et al.: Konjunktur und Rentenversicherung – gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen. Hrsg.: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK-Studies, Düsseldorf 3-2009

- 83) Leipert, Christian: Sozialkosten in der Industriegesellschaft. In: Opielka, M. (Hrsg.): Die ökosoziale Frage, Frankfurt am Main 1985, S. 1 – 16
- 84) Goeschel, Albrecht: Die Bedeutung des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung für die Regionalwirtschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 3/4-1985, S. 195-210 und Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (Hrsg.): Gesundheitswesen in Deutschland – Kostenfaktor und Zukunftsbranche, Bd. I. und II., Baden-Baden 1996/1997
- 85) Goeschel, Albrecht: A.a.O., S. 197 ff
- 86) Goeschel, Albrecht: Regionale Entwicklungsstrategien der Sozialen Sicherung. In: AOK-Bundesverband (Hrsg.): Arbeitspolitik und Soziale Sicherung, Bonn, September 1986, S. 53-72, bes. S. 70 ff
- 87) Goeschel, Albrecht: Krankenkassen, Kommunalkörperschaften und Regionalwirtschaft. In: Die Ortskrankenkassen, Bonn 1-1985, S. 12 – 19
- 88) Blum, Ulrich: The regional incidence of the social pension insurance budget in the federal republic of Germany. Hrsg.: Universität Karlsruhe, Discussionpaper 5-1984; Goeschel, Albrecht: Sozialtransfers als Faktoren des Ausgleichs oder der Verstärkung regionaler Disparitäten. In: Goeschel, Albrecht; Harms, Jens (Hrsg.): Raumordnung und Sozialpolitik, Frankfurt am Main 1988, S. 29-53; Koller, Martin: Heimlicher Finanzausgleich über die Sozialsicherungssysteme: Ein Gesichtspunkt der Regionalisierungsdebatte. In: Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Mit weniger Kassen zu besseren Leistungen?, München Februar 2003, S. 103 – 120; Lindner, Peter: Die Bedeutung der Gesetzlichen Krankenkassen (RVO) in regionaler Sicht I. und II. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Stuttgart 4-1986, S. 144-153 und 6-1986, S. 10-25; Schnitzlein, Daniel; Bruckmeier, Kerstin: Ausgleichspolitische Bedeutung der Sozialversicherungssysteme. Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg August 2008 und Zimmermann, Horst: öffentliche Finanzströme und regionalpolitische Fördergebiete. Hrsg.: Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung, Bonn 1981 und ders.: Regionale Inzidenz öffentlicher Finanzströme, Baden-Baden 1981
- 89) Hagellücken, Alexander: Wie Phoenix aus der Krise. In: Süddeutsche Zeitung 14./15.2011; Läßle, Dieter: Trendbruch in der Raumentwicklung – auf dem Weg zu einem neuen industriellen Entwicklungstyp. In: Informationen zur Raumentwicklung Bonn 11/12-1986, S. 909-920; Manz, Ulrich L.: Das Immunsystem versagt. In: Die Zeit, 10.03.1995 und Zimmermann, Hans: Zum Beitrag des öffentlichen Sektors zur Entwicklung der Produktivität der Wirtschaft. Hrsg.: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Discussionpaper 2-1984, Berlin 1984
- 90) Meyer-Krahmer, Frieder: Innovation als Beitrag zur Lösung von Beschäftigungsproblemen? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Stuttgart 4-1999, S. 402 – 415 und Strubelt, Wendelin: Über Disparitäten. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 1/2-1997, S. 1-9, bes. 4 ff
- 91) Verhofstadt, Güy: Wir brauchen ein Solidarsystem. In: Süddeutsche Zeitung, 04.02.2011
- 92) Tivig, Tusnelda; Kühntopf, Stephan: Demographic Risk Atlas. Hrsg.: ecosense-Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V. Berlin und Rostock Center for the study of Demographic Change, Essen 2009, S. 322
- 93) Martens, Rudolf: Finanzierungsnotwendigkeiten des Sozialstaates. Hrsg.: Der Paritätische – Paritätische Forschungsstelle, Berlin, 1.August 2013
- 94) Ebd., S.6

- 95) Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Euro“: Rettet eine Sozial-Union Europa? Düsseldorf 2013
- 96) Goeschel, Albrecht: Sozialpolitik als Instrument der Verarmung? Die Zerstörung des Europäischen Wohlfahrtsstaates in der Euro-Krise. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Euro“: Rettet eine Sozial-Union Europa? A.a.O. S. 11-38
- 97) Martens, Rudolf: Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 3. Juni 2013 zu a) Unterrichtung durch die Bundesregierung : Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht – BT-Drucksache 17/12650. Hrsg. Deutscher Bundestag – Ausschuss für Arbeit und Soziales. 17. Wahlperiode Ausschussdrucksache 17/ (11) 1181, Berlin, 28. Mai 2013, S.76 – 81 und ders.: Armutsatlas Europa: Überlegungen zu einem europäischen Sozialdialog. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Euro“: Rettet eine Sozial-Union Europa? A.a.O., S. 109 - 120